ESIR | SOL | 551 | FG
STADT SOLTAU
08. April 2021
Der Bürgermeister
Wv. | Z.J.A. | Rü |

Alternative für Deutschland
KREISVERBAND HEIDEKREIS

AfD-Stadtratsfraktion Soltau

Ansprechpartner: Bernhard Schielke
Position: Fraktionsvorsitzender im Stadtrat
E-Mail: b.schielke@afd-heidekreis.de
Internet: www.afd-heidekreis.de

Datum: 8. April 2021

Herrn Bürgermeister Helge Röbbert

Antrag

Wir beantragen, die Erhebung von Teilbeträgen hinsichtlich der Kostenspaltung zwischen Anlieger und Stadt Soltau gemäß § 4 der Straßenausbaubeitragssatzung bei der Erneuerung / Verbesserung der Straßenbeleuchtung zu überprüfen

==========

Grundsätzlich halten wir die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für ungerecht. Wir haben deshalb auch schon diverse Anträge zur Abschaffung, eine Resolution zur Übernahme dieser Beiträge durch das Land, eine ergebnisoffene Bürgerbefragung bei der Europawahl zu diesem Thema gestellt, denen zumindest bisher leider nicht entsprochen wurde.
Die Kostenspaltung des beitragsfähigen Aufwandes zur Festsetzung der Straßenausbaubeiträge hinsichtlich der Straßenbeleuchtung halten wir nicht für rechtens. Es kann doch nicht sein, dass die Stadt Soltau öffentliche Zuschüsse für den Einsatz einer neuen LED-Beleuchtung erhält und diese aber bei der Ermittlung des kostenpflichtigen Anteils des Bürgers völlig unberücksichtigt lässt. Weshalb soll nur die Stadt Soltau den Vorteil der Zuschüsse genießen und der Bürger bleibt hierbei völlig unberücksichtigt.
Wir erwarten hier eine Reduzierung des Bürgerbeitrages, auch wenn es sich hier für den einzelnen Bürger nur um verhältnismäßig geringe Beiträge handelt. Die Stadt Soltau sollte diesem Antrag entsprechen, denn ihr Haushalt profitiert neben einem gesenkten Energieverbrauch auch noch von einer längeren Lebensdauer der Straßenbeleuchtung und damit verbunden geringeren Verwaltungsaufwand. Weniger Ausfälle dieser Anlagen tragen zusätzlich auch noch zur allgemeinen Verkehrssicherheit bei. Sicherlich ist in Pandemiezeiten der Stadthaushalt stark belastet, aber auch viele Privatpersonen geraten in dieser Zeit mit ihrem Haushaltbudget in Probleme. Im Rahmen einer finanziellen Gerechtigkeit zwischen Bürger und Stadt bitten wir Sie, unserem Antrag zu entsprechen und die bereits

erfolgten Veranlagungen in diesem Bereich zu berichtigen bzw. zukünftig wie in unserem Antrag gefordert vorzunehmen.

Zum Nachdenken am Schluss unseres Antrages:

Es gibt ganze Bundesländer, in denen die Bürger die Straßenausbaubeiträge nur vom Hörensagen kennen. Es gibt ohnehin kaum ein anderes Land, welches Straßenausbaubeiträge erhebt. Es ist absurd, dass ausgerechnet das Land mit den ohnehin schon höchsten Steuern und Abgaben weltweit seinen Bürgern auch noch diese Kosten zumutet.

AfD-Stadtratsfraktion
Fraktionsvorsitzender Bernhard Schielke